



## **Antwort auf Massenschreiben**

Stand: November 2015

### **Terrorismus in Europa**

Sehr geehrte Damen und Herren,

nach den schrecklichen und barbarischen Anschlägen in Paris am 13.11.2015 erreichten mich zahlreiche Zuschriften besorgter Bürgerinnen und Bürger. Wie ich auch in meinem Kondolenzschreiben an den französischen Botschafter in Berlin zum Ausdruck brachte, galten diese Attentate nicht Frankreich alleine. Vielmehr waren es Angriffe auf unsere gemeinsamen europäischen Werte – auf die Freiheit und die Toleranz unserer Gesellschaften. Deshalb werden wir auch eine gemeinsame, klare Antwort senden.

Einige Bürgerinnen und Bürger sehen einen Zusammenhang zwischen der hohen Zahl zu uns kommender Flüchtlinge und der Wahrscheinlichkeit von Anschlägen in Deutschland. Sie fürchten, dass sich im Strom der Flüchtenden Terroristen in unser Land schmuggeln könnten. Dieses diffuse Gefühl der Unsicherheit kann ich sehr gut nachvollziehen. Wir dürfen jedoch nicht verallgemeinern. Selbstverständlich ist nicht jeder Flüchtling ein potenzieller Terrorist. Denn eines darf man dabei nicht aus dem Blick verlieren: Es sind diejenigen, die solche grauenvollen Anschläge verüben, vor denen die Menschen aus Syrien, dem Irak oder Pakistan fliehen. Den Terroristen des IS geht es dabei nicht um Religion. Es geht ihnen nur um die Durchsetzung ihres politischen Ziels: der Errichtung eines Kalifats im nahen und mittleren Osten.

Gleichzeitig dürfen wir die Augen nicht vor den Herausforderungen verschließen. Derzeit mangelt es meiner Ansicht nach an echter Solidarität in Europa und insbesondere zwischen den EU-Mitgliedstaaten. Tagtäglich erreichen tausende Flüchtlinge die Europäische Union und auch die deutschen Außen Grenzen. Als überzeugte Europäerin halte ich das in den europäischen Verträgen verbriefte Grundrecht der Freizügigkeit hoch. Auch stehe ich vollumfänglich zum Menschenrecht Asyl. Dies darf jedoch nicht zu einem Absinken des Sicherheitsniveaus führen. Es ist daher von herausragender Bedeutung, möglichst genaue Kenntnisse von denjenigen zu haben, die in unser Land kommen. Nach einem zähen politischen Ringen, auch mit unserem Koalitionspartner SPD, sind wir zu ersten tragfähigen Lösungen gekommen. Die Situation in den Grenzregionen, besonders in Bayern, bessert sich langsam. Gemeinsam mit der Republik Österreich wurden beispielsweise fünf Grenzübergangsstellen geschaffen. Nur hier können Flüchtlinge und Asylbewerber künftig einreisen. Experten gehen davon aus, dass dies zu einer deutlichen Verbesserung des Einreiseverfahrens führen wird. Wir brauchen jedoch auch Lösungen jenseits unserer Landesgrenzen. Europaweite Flüchtlingskontingente sind ein Ansatz, über den wir in nächster Zeit intensiver beraten sollten.

Es ist meine Überzeugung, dass wir die moralische und rechtliche Pflicht haben, Kriegs- und Krisenflüchtlingen unseren Schutz und unsere Hilfe zu gewähren. Hier versagt die Europäische Union bisher. Dies ändert jedoch nichts daran, dass wir auch zum Schutz unserer Bevölkerung und der bei uns lebenden Menschen alles tun müssen, um Sicherheit zu gewährleisten. Ich sehe hierin keinen Widerspruch und werde mich auch weiterhin in diesem Sinne politisch einsetzen.

Mit freundlichen Grüßen

Ursula Groden-Kranich MdB